

Altstadt-Anwohner protestieren gegen das Parkkonzept Wieder auf der Tagesordnung: die Entlastungsstraße

Zwei »heiße Themen« für den Klingenger Stadtrat in der Sitzung am Dienstag, 19.30 Uhr im evangelischen Gemeindehaus

Klingen berg. Die Stadtratssitzung am Dienstag, 1. Februar, fällt zwar in die heiße Phase der närrischen Zeit, doch was behandelt wird, sind alles andere als Faschingsscherze. Unter den nur vier Punkten der Tagesordnung verbirgt sich Hochbrisantes: Zum längst und mit großer Mehrheit beschlossenen Park-Konzept, das just am 1. Februar in Kraft treten soll, liegt eine Protest-Eingabe mit 95 Unterschriften vor. Außerdem wird - man höre und staune - erneut das Thema Entlastungsstraße behandelt. Die Sitzung beginnt um 19.30 Uhr im evangelischen Gemeindehaus.

Im Klingenger Amtsblatt vom 16. Dezember 1993 wurde das Konzept der Stadt vorgestellt, wie künftig der »ruhende Verkehr« geregelt werden soll. Kernstück: Das Parken auf dem Winzerfestplatz und in der Sammelgarage im Maindamm wird nicht mehr gebührenfrei sein; kostenloses Parken ist an verschiedenen öffentlichen Flächen nahe der Altstadt dennoch möglich: so auf dem Parkplatz an der evangelischen Kirche oder auch auf dem Damm; letzteres als »Insider-Tip«, denn Klingenberg-Besucher werden nicht mit Schildern auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Eingabe mit 95 Unterschriften

Das Park-Konzept stößt vor allem bei Altstadtbewohnern auf heftigen Widerstand, die keine Abstellflächen in den engen Gassen haben und nach der Stadtsanierung zum (bisher kostenfreien) Parken auf den Winzerfestplatz hinaus verwiesen wurden. An Bürgermeister Siegmund Markert und alle Stadtratsmitglieder wurde ein Protestbrief geschickt, der 95 Unterschriften trägt. Über 50 stammen von Bewohnern der Altstadt. In dem Schreiben heißt es:

»Die betroffenen Anwohner der Altstadt fordern kostenlose Benutzung der Parkplätze auf dem Winzerfestplatz wie bisher. Warum sollen die Bürger der Altstadt für die fehlgeplante Konzeption der Stadt den Kopf hinhalten? Sind wir Bürger 2. Klasse? In sämtlichen anderen Stadtbezirken kann jeder Bürger sein Auto kostenlos vor der Haustüre parken, nur die Anwohner der Altstadt werden - ohne zu fragen - zur Kasse gebeten. Wo bleibt das Gleichheitsprinzip?«

Die angebotenen Dauerparkplätze in der städtischen Sammelgarage - sozusagen Er-

satz für fehlende private Garagen an den Häusern in der Altstadt - kosten 80 Mark pro Monat. Das ist den Unterzeichnern des Briefes zu teuer, zumal die Autos nicht in einem sicher abgeschlossenen Raum abgestellt werden können und Aufbrüche des öfteren vorkommen.

Polemisiert wird in dem Schreiben auch. Kostprobe: »Will die Stadt Klingenberg, insbesondere die Stadträte von Trennfurt und Röhlfeld, daß die Altstadt weiter ausblutet, was durch das neue Parksystem mit Sicherheit erreicht wird?« oder »Früher war Klingenberg für alle umliegenden Gemeinden ein Anziehungspunkt. Heute kann man in Alt-Klingenberg nicht einmal einen rostigen Nagel kaufen!«

Kostenfrei auf den Festplatz!

Es folgt der Hinweis darauf, daß die Anwohner der Altstadt während des Sommers bei Altstadtfest oder Winzerfest durch Lärm, zugestellte Ausgänge und Abfälle jeder Art belästigt würden, ohne sich bisher groß zu beschweren. »Wo gibt es das in den Ortsteilen Trennfurt und Röhlfeld?« Vorgeschlagen werden Kompromisse:

- So sollten Kurzparker die Möglichkeit erhalten, eine Viertelstunde ohne Gebühr in der Altstadt halten zu können.

- Für deren Bewohner werden kostenfreie Dauerparkplätze auf dem Winzerfestplatz gefordert; Plakette, Vignette oder Berechtigungsschein könnten Mißbrauch ausschließen. Alternative: kostengünstigere und gesicherte Plätze in der Dammgarage.

Bürgermeister Markert wundert sich sehr, daß zahlreiche Geschäftsleute, Gastwirte und sogar ein Stadtratsmitglied diesen Text unterschrieben haben, dessen Polemik und negative Aussagen über die Altstadt er entschieden zurückweist. Zur Sache: In der Sitzung am Dienstag wird er das Schreiben verlesen und natürlich darüber beraten lassen. Soviel zum Beratungspunkt »Eingaben zum Parkkonzept der Stadt«. Hinter dem harmlos klingenden »Mainufergestaltung mit Verkehrsführung« auf der Tagesordnung aber verbirgt sich ein Klingenger Knüller: Das Thema »Entlastungsstraße« wird erneut aufgegriffen.

Wieso die »Neuaufgabe«?

Der Dauerbrenner »Dammstraße oder Verbreiterung der Wilhelmstraße« schien nach dem monatelangen harten Ringen mit dem Stadtratsbeschuß vom 4. Mai 1993 end-

lich vom Tisch: Die Wilhelmstraße soll verbreitert werden, wurde damals mit 13:8 Stimmen entschieden, die Entlastungsstraße am Main schien damit »gestorben«. Wieso nun die »Neuaufgabe«? Hat etwa Bürgermeister Siegmund Markert als überzeugter Verfechter der Dammstraße und entschiedener Gegner der Wilhelmstraßen-Verbreiterung ein »Hintertürchen« gefunden, um - trotz eindeutigen Stadtratsvotums - einen erneuten Dammstraßen-Disput anzuzetteln?

Ganz sicher bringt er das Thema nicht ungern vor's Gremium, aber er hat dafür gewichtige Gründe. Zum Ablauf der Dinge seit dem Mai-Beschluß des Stadtrats: Der Landschaftsarchitekt Dietz (Elfershausen) erhielt den Auftrag, die Gestaltung der Anlage über der Sammelgarage und des Mainufers zwischen Brücke und Burkarder Hof zu planen. Dafür sind über das Städtebau-Förderungsprogramm, mit dem die Altstadt-Sanierung von Bund und Land mitfinanziert wird, 60 Prozent Zuschuß zu erwarten. Dietz mußte deshalb seine Entwürfe mit der Regierung von Unterfranken absprechen, und dort wurde ihm und anschließend auch Bürgermeister Markert - wie dieser mitteilt - klipp und klar erklärt:

- Zuschüsse gibt's nur für den unmittelbaren Bereich über der Garage, für alles übrige nicht, da der Mai-Beschluß des Stadtrats auf Verbreiterung der Wilhelmstraße den Zielen der Altstadt-Sanierung zuwiderlaufe.

- Verwiesen wird dabei auf den Architektenwettbewerb, der über Städtebau-Förderung ebenfalls bezuschußt wurde. Im Vorschlag des Preisträger-Architekturbüros Schössler (Darmstadt) - einst fast einmütig vom Stadtrat gutgeheißen - war die Dammstraße eine wichtige Stadtentwicklungs-Komponente mit dem Ziel, möglichst viel Verkehr aus der Altstadt herauszuhalten und die Wilhelmstraße eines Tages verkehrsberuhigt zu gestalten. Bei ihrer Verbreiterung würde das Gegenteil erreicht.

- Laut Siegmund Markert hat die Regierung jetzt wissen lassen, daß sie den Zuschußbetrag für den Architektenwettbewerb (der ja praktisch für die Katz' gewesen ist) von der Stadt zurückfordern will, konkret: Sie will ihn mit den Zuschüssen für die Anlagengestaltung über der Garage verrechnen. Es handele sich um etwa 150 000 Mark.

Nach wie vor halten die Vertreter der Regierung die Entlastungsstraße für die städtebaulich richtige und zudem wirtschaftlich vertretbare Lösung der Klingenger Verkehrsprobleme. Das haben sie auch in einer Stadtratssitzung 1992 ausführlich erläutert.

Jetzt wurde der Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht:

- Der Fördertopf, aus dem es die zugesagten 70 Prozent Zuschuß für eine von der Kommune geplante und gebaute Entlastungsstraße geben könnte, ist nur noch bis 1995 gefüllt. Ab 1996 werden die Mittel drastisch gesenkt.

»Historische Entscheidung«

Unter diesen Umständen hielt es Bürgermeister Markert für seine Pflicht, die Stadträte in einer nichtöffentlichen Sitzung im Dezember 1993 unverzüglich zu unterrichten. Er wurde beauftragt, mit allen Anrainern zu verhandeln, die von einer Dammstraße betroffen wären. Das ist geschehen. In der Sitzung am Dienstag wird Markert über das Ergebnis berichten. Klar ist: Ein Planfeststellungsverfahren für die Dammstraße würde zu lange dauern; die Kommune käme nur bis Ende 1995 über die Runden, wenn sie beispielsweise einen Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren und im Einverständnis mit den Grundstücksbesitzern durchziehen könnte.

Markert spricht (wieder einmal) von einer »historischen Entscheidung für Klingenberg«, die am Dienstag fallen soll. Bleibt es beim Mehrheits-Votum für eine Verbreiterung der Wilhelmstraße, »werde ich in meiner Amtszeit ganz sicher das Thema Dammstraße nicht mehr anrühren«.

Die »hardliner« unter den Verfechtern eines Wilhelmstraßen-Ausbaues werden mit »finanziellem Köder« der Regierung sicher nicht zustimmen sein. Sie haben sich am Erhalt der kleinen »grünen Lunge« auf dem Damm längst festgebissen und sehen es als das kleinere Übel an, die Verkehrsverhältnisse in der Wilhelmstraße noch Jahre zu tolerieren, als grünes Licht für eine Entlastungsstraße zu geben. Denn die würde nach deren Meinung die Stadtansicht verschandeln, und der Verkehr würde lautstark an Klingenberg vorbeirauschen!

Es gab aber auch Räte, die im Mai 1993 für die Verbreiterung der Wilhelmstraße stimmten, weil sich dort angeblich in absehbarer Zeit eine Lösung anbahnte und weil wegen schwieriger Anrainer-Verhandlungen eine Dammstraße »auf die Schnelle« nicht realisierbar erschien. Dort wären eventuell die Stimmen zu holen, um den Mai-Beschluß zu kippen: und das müßte dann nicht zwangsläufig als »Umfallen« und »Wankelmut«, sondern könnte auch als »Einsicht nach neuen Erkenntnissen« bezeichnet werden. B.S.



FÜRS PARKEN auf dem Winzerfestplatz sind seit 1. Februar Scheinchen zu lösen - zunächst auch von den Altstadtbewohnern, die aber künftig eine Vignette erwerben können.

Foto: Bachmann

Den Zuschuß-»Köder« glatt verschmäht Es bleibt dabei: keine Dammstraße!

130 Zuhörer waren dabei: Stadtrat bekräftigte den Beschluß, die Wilhelmsstraße zu verbreitern

Klingenberg. Nein, das Wunder geschah nicht, auch wenn Bürgermeister Siegmund Markert es geradezu beschwören wollte. Nach der Stadtratssitzung am Dienstag bleibt es dabei: Die Dammstraße soll nicht gebaut, die Wilhelmstraße aber verbreitert werden, und wenn's darüber 2020 wird. Mit 10:8 Stimmen bekräftigten die Räte ihren Beschluß vom Mai 1993 (damals 13:8), der die Stadt - je nach Rechnungsart - rund fünf Millionen Mark kosten dürfte.

Umzug ins katholische Pfarrheim zu Beginn der Sitzung: Das evangelische Gemeindehaus bot nicht genug Platz für die letztlich rund 130 Zuhörer. Ein solches Interesse würde er sich bei Bürgerversammlungen wünschen, merkte Siegmund Markert an und hatte damit anscheinend ein Stichwort gegeben: Während der folgenden drei Stunden suchten Zuhörer immer wieder, die Stadtratssitzung umzufunktionieren, verlangten das Rederecht, störten mit Zwischenrufen und klatschten Beifall, wenn eins der Ratsmitglieder ihnen »aus dem Herzen sprach«. Der Bürgermeister wies zwar immer wieder darauf hin, daß in Stadtratssitzungen die Bürger nur das Recht des Zuhörens haben, zu drastischeren Ordnungsmitteln griff er nicht.

Pettermann schwenkte um

130 potentielle Wähler als Kulisse - da blieb es nicht aus, daß die Räte in epischer Breite formulierten und argumentierten. Allein zwei Stunden Diskussionszeit gingen über das leidige Thema »Dammstraße oder Verbreiterung der Wilhelmstraße« dahin, ohne daß entscheidend neue Aspekte einfließen.

Ein einziges Ratsmitglied zeigte sich so flexibel, von seinem Standpunkt vom Mai 1993 abzurücken: Emmerich Pettermann (CSU). Damals hatte auch er für die Verbreiterung der Wilhelmstraße gestimmt. Doch inzwischen hat er die Einsicht gewonnen, daß dieses Vorhaben in den nächsten 20 Jahren nicht zu verwirklichen ist. »Seit Mai 1993 haben wir nicht das Schwarze unterm Nagel bewegt«, resümierte Pettermann. Eine Entlastungsstraße, die beim Burkarder Hof auf die jetzige Wilhelmstraße mündet, sah er zwar keineswegs als ideal an, aber sie könnte

eine erste Etappe sein für eine bessere Lösung mit einer verlängerten Trasse in Richtung Röllfeld. Weil es für die Dammstraße (noch) hohe Zuschüsse gibt und auch ansonsten viel Geld auf dem Spiel steht, weil mit der Dammstraße in Kürze eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu erwarten ist, mit der Verbreiterung der Wilhelmstraße auf absehbare Zeit aber nicht: deshalb votierte er nun für die Dammstraße.

Hie Techet - da Markert

Daß dieser Wechsel des Abstimmungs-Lagers nicht schmerzlos vollzogen werden konnte, deutete Pettermann an: In der vorausgegangenen Fraktionssitzung müssen die Fetzen geflogen sein. Denn die CSU-Geister scheiden sich bei diesem heiklen Thema. Der heftigste Verfechter der Wilhelmstraßen-Verbreiterung ist CSU-Ratsmitglied Erhard Techet, der leidenschaftlichste Befürworter der Dammstraße ist der CSU-Bürgermeister.

Techet fand es überhaupt nicht erklärlich, warum man die ganze Diskussion wieder aufrollt, wo doch im Mai 1993 ein Mehrheitsbeschluß gefaßt worden war. Den solle der Bürgermeister mal mit aller Energie vollziehen! Vom erschreckenden Zahlenspiel entstehender Kosten und möglicherweise verlorener Zuschüsse (siehe Kasten) lasse er sich nicht einschüchtern. Techet hielt Markert vor, die Entlastungsstraße »schönzureden«, die de facto weit teurer kommen könne, als bisher angenommen.

»Jahrhundert-Entscheidung«

Seinen Einwand, noch kein Ingenieurbüro habe für die Dammstraße detaillierte Vorschläge unterbreitet (so wie für das 'teure' Wilhelmstraßen-Projekt) entkräftete Markert mit mühsam beherrschter Stimme: Das renommierte Ingenieurbüro Georg Meyer habe die Kosten ermittelt, die seit langem im Stadtrat Diskussionsgrundlage seien. Wenn Techet sie nicht kenne, so sei das nicht des Bürgermeisters Schuld. Und selbstverständlich habe er für die 70 Prozent Regierungszuschuß für die Dammstraße eine feste Zusage - anders würde er sich gar nicht vors Gremium getrauen!

Als überzeugte Befürworter einer verbrei-

terten Wilhelmstraße gaben sich nach wie vor Anette Rüttger (Grüne) und die Freien. Franz Manderfeld fand es geradezu absurd. »das wenige Geld, das wir haben, für die Vernichtung des grünen Umfelds der Altstadt auszugeben«, und Wolfgang Hanel sagte: Hier gehe es um eine Entscheidung, die für Jahrhunderte Geltung habe - denn die Dammstraße, einmal gebaut, werde sicher nie mehr verschwinden. Da dürften Zeitfaktor und Zuschußzusagen nicht der Grund sein, einen richtigen Beschluß zu kippen.

Keine geänderte Haltung bei den SPD-Räten: Mit einer Ausnahme sind sie sich mit dem CSU-Bürgermeister einig, daß die Dammstraße die richtige, die wirtschaftlich vertretbare, die vernünftige Lösung ist. Hans Lanzendörfer und Reinhard Link versuchten, Überzeugungsarbeit zu leisten. Vergebens - selbst bei ihrem Fraktionskollegen Anton Schott. Der blieb bei seinem Votum für die Wilhelmstraße, wenn er auch zugab, selbst nicht genau zu wissen, was nun wirklich das Richtige ist. »Ich kann mich von ihr nicht lösen!«

Wenn, dann...

Damit hat er eventuell »Jahrhundertpolitik« gemacht, denn: Wäre auch er zur Dammstraße »übergelaufen«, hätte es an diesem Abend ein 9:9-Abstimmungs-Patt gegeben, als der Bürgermeister fragte: »Bleibt es beim Mai-Beschluß für die Verbreiterung der Wilhelmstraße?« Stimmengleichheit hätte Ablehnung bedeutet! Und wenn es dann auch zu einem Patt bei der Frage nach der Dammstraße gekommen wäre, dann stünden die Räte heute beim Punkt Null. Vielleicht aber wäre auch jemand auf die Idee gekommen, die persönliche Beteiligung der anwesenden Räte zu prüfen: Die Röllfelder Stadträtin Christl Spall ist mit einem Wilhelmstraßen-Anlieger verschwägert, dessen Anwesen bei Verbreiterung »fallen« und demzufolge abgelöst werden müßte.

Die »historische Entscheidung« haben allerdings auch jene Ratsmitglieder beeinflusst, die (entschuldigt) an der Sitzung nicht teilnahmen: die streitbaren »Freien« Walter Wöber und Rainer Wöber sowie der CSU-Mann Heribert Siebenlist. Wer weiß, wie sie gestimmt hätten?

B.S.

Liebe Leser

Seit 1. Februar ist das Parken auf dem Winzerfestplatz in Klingenberg gebührenpflichtig - von 7 bis 20 Uhr. Am Dienstag wurde die Stadtratssitzung wegen der großen Zuhörerzahl kurzfristig vom evangelischen ins katholische Pfarrheim verlegt; sie begann kurz nach 19.30 Uhr.

Hätten die motorisierten Besucher da etwa fürs halbe Stündchen Abstellen des fahrbaren Untersatzes ihren Obolus...? Als bekennender Park-sünder tröstet sich mit dem Gedanken, daß auch noch nicht bei allen Stadtratmitgliedern »der Groschen gefallen« ist...

Drei Verletzte 22 000 Mark Schaden

Niedernberg. Zu einem Verkehrsunfall mit drei Verletzten kam es am frühen Mittwoch morgen in Niedernberg. Ohne an der Einmündung anzuhalten, fuhr ein vom Nordring kommender wartepflichtiger Lkw-Fahrer nach links in die Großostheimer Straße ein. Trotz einer Vollbremsung konnte ein von links kommender vorfahrtsberechtigter Pkw-Fahrer den Zusammenstoß mit dem Kastenwagen nicht mehr verhindern. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf dem genannten Teilstück der Großostheimer Straße ist auf 60 km/h beschränkt. Aufgrund der Bremspurlänge und des heftigen Aufpralls der Fahrer ergibt sich, daß der Pkw-Fahrer schneller war als erlaubt. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf zirka 22000 Mark.

Außenstellenkonzerte Auch Lehrer laden ein

Obernburg. Was ist los in der Musikschule im Monat Februar? Musikalisch wird einiges geboten: Vom 4. bis 6. Februar fahren 43 Schülerinnen und sechs Lehrkräfte zu einem Arbeitswochenende nach »Schloß Weikersheim«. Das dort einstudierte Programm wird dann in einem der nächsten Konzerte vorgestellt.

Die Reihe der Außenstellenkonzerte wird

Es geht um viel Geld

Klingenberg. Warum die Neuauflage der Debatten aus den vergangenen Jahren um Entlastungsstraße und Verbreiterung der Wilhelmstraße? Wie bereits am Samstag ausführlich berichtet, sah es Bürgermeister Siegmund Markert als seine Pflicht an, das Thema im Stadtrat nochmals aufzurollen, weil

- die Regierung rund 150 000 Mark an Zuschüssen für den Architekten-Wettbewerb zurückfordert, der extra für die Sanierung der Altstadt ausgeschrieben worden war. In der Preisträger-Arbeit ist die Dammstraße vorgesehen. Mit dem Mai-Beschluß für die Verbreiterung der Wilhelmstraße hat der Stadtrat den Wettbewerb ad absurdum geführt.

- Aus diesen Gründen verweigert die Regierung auch Zuschüsse (von rund 60 Prozent) aus dem Altstadt-Sanierungsprogramm für die Mainufergestaltung, die ja nun mit der Vorgabe »Verbreiterung der Wilhelmstraße« in Auftrag gegeben worden war.

- Schließlich machten die Würzburger unmißverständlich klar, daß es den zugesagten Zuschuß von mindestens 70 Prozent zu den Kosten einer kommunalen Entlastungsstraße nur bis 1995 gibt. Danach werden die Mittel drastisch gekürzt und neu verteilt.

Davon war der Stadtrat bereits im Dezember unterrichtet worden. Markert hatte den Auftrag erhalten, mit den direkt Betroffenen beim Bau einer Dammstraße zu verhandeln, was auch geschehen ist. Der Bürgermeister betonte, das Gelände für die Dammstraße sei im Besitz der Stadt oder von der Rhein-Main-Donau-AG zugesagt: insofern keine Probleme. Anrainer-Einsprüche müßten in einem eventuellen Bauleitverfahren nur dann berücksichtigt werden, wenn die Betroffenen durch den Bau der Straße schlechter

gestellt würden. Markert verglich dann die Kosten:

- Lösung Wilhelmstraße (sofern überhaupt realisierbar, was unter anderem von staatlicher Planung und staatlichen Zuschüssen abhängt): Der Gesamtaufwand der Stadt läge bei geschätzten 7,3 Millionen Mark, darin enthalten die 150 000 Mark Rückzahlung für den Architektenwettbewerb und drei Millionen Mark Mainufergestaltung mit Notumleitung (dies ohne Zuschüsse).

- Lösung Entlastungsstraße (bis 1996 vermutlich realisierbar): Gesamtaufwand der Stadt bei rund 1,8 Millionen Mark; nach Abzug der zugesagten Zuschüsse 590 000 Mark verbleibender Kostenanteil für die Straße; Stadtvorland und Mainufergestaltung wieder drei Millionen Mark, davon abzuziehen allerdings 1,8 Millionen Mark Zuschuß aus Städtebauförderungsprogramm.

Eine rechnerische Differenz also von 5,5 Millionen Mark - und Markert machte auch darauf aufmerksam, daß bei Ausbau der Wilhelmstraße für Gehsteige, Grünstreifen, Parkstreifen sowie anteilige Kosten des Grunderwerbs die Stadt aufzukommen habe, die ihre rechtsgültige Ausbau-Beitragssatzung anzuwenden hätte. 50 Prozent der verbleibenden geschätzten Kosten - rund 2,15 Millionen Mark - wären dann auf rund 40 Anlieger umzulegen: rein rechnerisch rund 50 000 Mark pro Anwesen, und zwar auch für jene, die bergseits der Wilhelmstraße liegen. Diesen Bewohnern bliebe die Verkehrsbelastung auf Dauer direkt vor der Haustür - und von dort kamen verständlicherweise auch die meisten Unterschriften für eine Dammstraße. Deren Gegner haben erneut mobil gemacht und ebenfalls Unterschriften gesammelt, die dem Stadtrat ebenfalls vorlagen.



DIE WILHELMSTRASSE soll, wie bereits beschlossen, verbreitert werden, statt daß mit einer Dammstraße das dortige Naherholungsgebiet zerstört wird, fordert eine Bürgerinitiative. Fotos:im



EINE DAMMSTRASSE würde die Mainpromenade von der Stadt abschneiden, so die BI.

Bürgerinitiative: Kommt die Dammstraße, gehen Wohngebiet und Naherholung verloren

720 Bürger haben bisher per Unterschrift Unterstützung zugesagt / Gegen Markerts »Hintertür«

Klingenberg. Viele Chancen für Klingenberg werden vertan, wenn auf dem sogenannten Damm die Mainuferstraße wie beabsichtigt verwirklicht wird. So sehen es viele Bürger, die sich deshalb zur »Bürgerinitiative Klingenberg zur Erhaltung des Naherholungsgebietes auf dem Hochwasserdamm« zusammengeschlossen haben. Die BI kritisiert, daß der Beschluß zur Verbreiterung der Wilhelmstraße nicht umgesetzt wird und statt dessen »durch die Hintertür« die Dammstraße gebaut werden soll, was die Häuser zwischen Wilhelmstraße und Mainuferstraße zu einer Verkehrsinsel mache. So gehe nicht nur ein Naherholungsgebiet verloren, sondern auch ein attraktives Wohngebiet östlich der Wilhelmstraße, das mit seinen rund 100 Wohneinheiten die Stadt neu beleben könnte.

Die Bürgerinitiative sieht sich mehr als bestätigt: Seit ihrer Gründungsversammlung Mitte Juli haben über 720 von 1700 wahlberechtigten Bürgern (ausschließlich aus dem Stadtteil Klingenberg) durch ihre Unterschrift ihre Unterstützung zugesagt. Über 60 davon haben sich zudem in die Mitgliederliste eingetragen und damit ihre Bereitschaft bekundet, aktiv mitzuarbeiten. Auch einige Anwohner der Wilhelmstraßen-Ostseite haben sich zur Mitarbeit überzeugen lassen.

Die Kritik der Bürgerinitiative zielt vor allem auf die Absicht von Bürgermeister Siegmund Markert, der ihrer Meinung nach seit Beginn seiner Amtszeit die sogenannte Mainuferlösung »durchboxen« möchte. In zwei Beschlüssen jedoch – am 4. Mai 1993 und am 1. Februar 1994 – hatte der Stadtrat einer Verbreiterung der Wilhelmstraße den Vortritt gegeben (wir berichteten). Bereits am 5. Juni 1993 habe der Stadtrat die Verwaltung per Beschluß aufgefordert, für das Gebiet einen Bebauungsplan zu erstellen.

Beschlüsse nicht umgesetzt

Seit über einem Jahr würden diese Beschlüsse aber nicht umgesetzt. Vielmehr stehe eine Realisierung der Mainuferstraße unmittelbar bevor, ja sogar das Datum der Fertigstellung (wegen der Zuschüsse) stehe bereits fest: der 1. Oktober 1995. Als Anhänger habe der Bürgermeister hierfür die von allen mitgetragene »Notauffahrt« benutzt. Doch aus dieser »Notauffahrt« sei plötzlich eine 9,50 Meter breite Mainuferstraße geworden. Markert versuche nun, ohne Planfeststellungsverfahren und ohne den seit langem geforderten Bebauungsplan seine favorisierte Lösung »durch die Hintertür« durchzusetzen. Nach bisherigen Planvorlagen stehe noch nicht fest, wo die geplante Trasse in die Wilhelmstraße zurückgeführt

wird. Für die Mitglieder des Vorstandes der BI ist klar: Die Dammstraße wird eines Tages am Main entlang bis nach Röllfeld führen, in Klingenberg werde sie dann durch die grüne Lunge bis zur Mainbrücke fortgesetzt, wenn einmal die neue Brücke gebaut wird.

Eine Notumgehung sei aber bereits seit Jahrzehnten über den Damm möglich. Dies sogar in der augenblicklichen Situation der nicht asphaltierten Auffahrtsrampe an der Dammgarage, wie die Verkehrsverhältnisse in den letzten Wochen nur allzu deutlich bewiesen. Nur wegen zugesagter 80 Prozent Zuschüsse solle aus kurzsichtiger Überlegung heraus der Damm restlos zu asphaltiert werden. »Die zwischen Wilhelmstraße und Mainuferstraße verbleibende Verkehrsinsel wäre städtebaulich so unattraktiv, daß kein Bauträger mehr zu finden wäre, der diesen Raum für ein stadtnahes Wohngebiet übernehmen würde, um einen naturnahen Lebensraum für etwa 300 Bürger (rund 100 Wohneinheiten) zu schaffen«, schreibt die Bürgerinitiative.

Bürgerversammlung fällig!

Vor dem Hintergrund der sehr angespannten Wohnsituation im Ortsteil Klingenberg sei dies umso prekärer, als langfristige, durchdachte Städtebaukonzepte, die als Entwürfe bereits vorliegen, über Bord geworfen würden, um einem reinen »Zuschußopportunisten« wie schon bei der Dammgarage Platz zu machen. Das Führungsgremium der Initiative (in alphabetischer Reihenfolge Fridolin Bachmann, Helmut Becker, Dr. Thomas Bretz, Dr. Reinfried Galmbacher, Peter Hecking jun., Klaus Heßler, Klaus Imhäuser, Franz Manderfeld, Rudolf Spall, Karin Stapf, Wilfried Stendel und Erhard Tschet) wirft daher dem Bürgermeister undemokratisches Verhalten vor: Ohne Bürgerbeteiligung wolle er ein solches Straßenbauvorhaben in einem beschleunigten Genehmigungsverfahren – ohne Bebauungsplan und Planfeststellungsverfahren und trotz zweier anderslautender Beschlüsse des Stadtrates – durchboxen. Eine Bürgerversammlung zu diesem Thema sei längst fällig.

Gerne werde von Markert der Zeit- und Kostenfaktor als »entscheidendes« Argument angeführt. Dazu meldet die BI Zweifel an: »Würden Bürgermeister und Stadtrat die gleiche Energie in die Ausführung der Stadtratsbeschlüsse zur Verbreiterung der Wilhelmstraße und in die Auflegung eines verbindlichen Bebauungsplanes investiert haben wie in das Vorhaben Mainuferstraße, hätte ein schrittweiser Ausbau der Wilhelmstraße bereits beginnen können.«

Daß die Entlastungsstraße auf dem Mainuferdamm die laut Markert kostengünstigere Lösung ist, widerlegt die BI wie folgt: Der

Etat der Stadt würde im Jahr der Realisierung der Mainuferstraße (1995) für die reine Baumaßnahme trotz erheblicher staatlicher Zuschüsse mit etwa 450 000 Mark belastet. Dazu kämen Kosten für die Anbindung dieser Trasse an der Dammgarage und am Burkarder Hof (Abriß usw.) von weiteren 200 000 Mark, die ausschließlich von der Stadt getragen werden müßten. Als Schildbürgerstreich sieht die BI an, daß der Notausgang der Dammgarage wieder weggesprengt werden müßte, da die Auffahrt zum Damm die Garage tangiert.

»Die Stadt stirbt aus«

Die Verbreiterung der Wilhelmstraße könnte über mehrere Haushalte verteilt werden, da keine zeitliche Verknüpfung mit staatlichen Zuschüssen bestehe. Außerdem – eines der Hauptargumente der BI – entstünde westwärts der Wilhelmstraße ein zusammenhängendes Gelände von 12 000 Quadratmeter, das kostendeckend in die Waagschale geworfen werden könnte, denn: Es entstünde ein attraktives Wohngebiet, mit viel Grünraum durchsetzt, noch dazu zentrumsnah und in unmittelbarer Nähe des Naherholungsgebietes Damm. Werde die Ostflanke der Wilhelmstraße »Verkehrsinsel«, wie befürchtet, bedeute dies, daß die Stadt immer mehr ausstirbt.

Mit dem Verlust des Naherholungsgebietes auf dem Damm gehe die Zerstörung des Grüngürtels entlang des Mains einher. Weitere Folgen befürchtet die Bürgerinitiative: den Verlust der Radwege am Main, eine erhebliche Erhöhung der Abgas- und Lärmbelastung durch die höhergelegene Straße und ungünstige Kurvenführung, starke Behinderung des Verkehrsflusses durch doppelte Kurvenführung und einer zweiten Kreuzung innerhalb kürzester Entfernung in der Brückenstraße, Ghettoisierung des Wohngebietes zwischen Wilhelmstraße und geplanter Mainuferstraße mit Verschärfung der Wohnsituation, Zerstörung von Naturdenkmälern (Linden vor dem katholischen Pfarrheim, Eibe) durch Verbreiterung der Auffahrt, Straßenmehrung auf Kosten des sowieso geringen Wohnraumbereiches.

»Mit dem Bau der Mainuferstraße werden die Probleme also nicht gelöst, sondern eher noch verschärft, auch was die Sicherheit in der Wilhelmstraße anbelangt.« Um sich Gehör zu verschaffen, wurden per Informationsschreiben sämtliche zuständige Behörden und Politiker eingeschaltet. Außerdem hat sich die Bürgerinitiative eine Satzung gegeben. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben, Unkosten werden durch Spenden abgedeckt. Etwaige Überschüsse werden der Ausgestaltung des Dammbereichs zur Verfügung gestellt.

Wochenblatt

NEWS-Verlag
Hauptstr. 25
63820 Elsenfeld

Ihre sympathische Wochenzeitung

Tel. 06022/
4034
Fax: 06022/71341

DONNERSTAG, 11. August '94

28.100 Auflage

Woche: 32

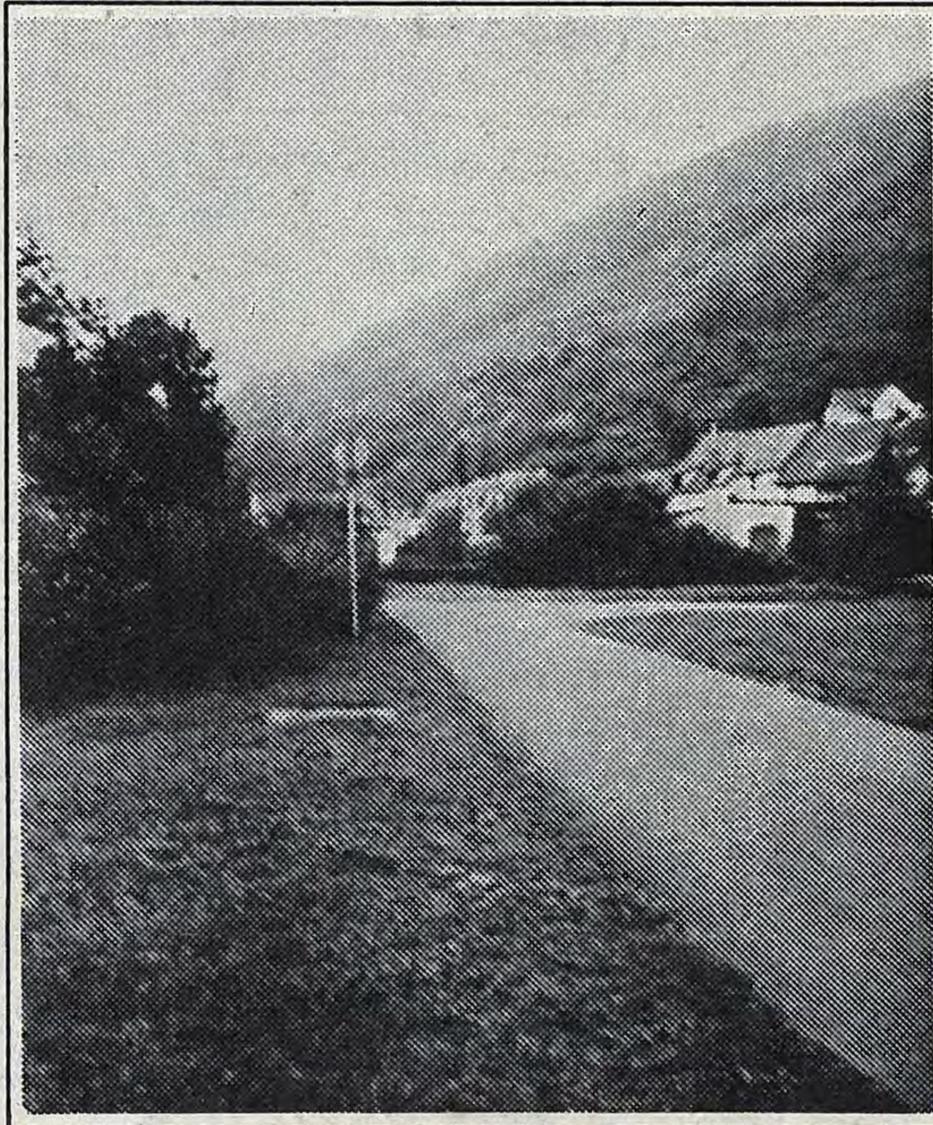
Klingenger machen gegen Mainuferstraßenbau mobil

Bürgerinitiative sammelte bereits mehr als 700 Unterschriften

Klingenberg. Noch hat Bürgermeister Siegmund Markert alle Chancen, sich beim 45. Klingenger Weinfest zu amüsieren, wenngleich die Freude etwas getrübt sein dürfte. Grund für die eingeschränkte Weinseligkeit ist der massive Angriff einer vor kurzem gegründeten Bürgerinitiative gegen Markert und seiner Liebäugerei mit einer Mainuferstraße als Entlastung zur verkehrsgebeutelten Wilhelmstraße. Ins Leben gerufen wurde die Bürgerinitiative am 12. Juli 1994. 27 verärgerte Bürger gaben ihrem Unmut Ausdruck und formierten sich zu einer Interessengemeinschaft.

Dem Führungsgremium gehören Fridolin Bachmann, Helmut Becker, Dr. Thomas Bretz, Dr. Reinfried Galmbacher, Peter Hecking jun., Klaus Heßler, Klaus Imhäuser, Franz Manderfeld, Rudolf Spall, Karin Stapf, Wil-

fried Stendel und Erhard Tschet an. Eine Unterschriftenaktion zum Erhalt des Naherholungsgebietes auf dem Hochwasserdamm wurde gestartet. Mittlerweile haben bereits 720 Klingenger (Stand 1. August) die Unterstützung der "BI" mit ihrer Unterschrift dokumentiert. Ein Informationsschreiben wurde verfaßt, das auch an die Abgeordneten, an die



Ein Naherholungsgebiet ist der Damm entlang des Mains. Die Bürgerinitiative will diese Idylle auf jeden Fall erhalten.

Foto: Weitz

zuständigen Behörden, an den Bund Naturschutz und an die im Klingenger Stadtrat vertretenen Fraktionen zur Stellungnahme weitergeleitet wurde. In diesem Schreiben wird klar unterstrichen, daß die angespannte Verkehrssituation in der Wilhelmstraße ein Ärgernis ist und Abhilfe geschaffen werden muß. Dies sei nur mit den seit Jahren diskutier-

ten Lösungen einer Verbreiterung der Wilhelmstraße und Mainuferstraße möglich. Die Mitglieder der "BI" sind der Ansicht, Bürgermeister Markert habe sich seit seiner Amtsübernahme auf die Mainuferlösung "eingeschossen" und wolle sie auf jeden Fall durchsetzen. Dieser Absicht stünden jedoch eindeutige Beschlüsse der Stadtratsmehrheit entgegen, die eine Verbreiterung der Wilhelmstraße favorisierten. Bereits am 15. Juni 1993 sei die Verwaltung aufgefordert worden, für dieses Gebiet einen Bebauungsplan zu erstellen. Doch bis heute sei nichts geschehen. Ganz im Gegenteil werde nun wieder die Mainuferstraße ins Gespräch gebracht, und Markert benutze hierzu die Notaufahrtlösung als Aufhänger. Doch diese

Notaufahrt sei mittlerweile zu einer 9,50 Meter breiten Mainuferstraße gewachsen. Markert stelle hierfür eine 80 prozentige Bezuschussung in Aussicht, die jedoch bezweifelt werden müsse.

Fortsetzung des Artikels auf der Regionalseite Seite 2 im Innenteil.

Verbreiterung Wilhelmstraße Endlich B-Plan aufstellen!

Bürgerinitiative wendet sich mit Petition an den Landtag

Klingenberg. In der »Bürgerinitiative (BI) zur Erhaltung des Naherholungsgebietes auf dem Hochwasserdamm« sind nach deren Angaben 70 Bürger zusammengeschlossen, und ihre Anliegen werden von mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten des Stadtteils Klingenberg unterstützt. In der 2. BI-Vollversammlung wurde auf drei Aktivitäten besonders hingewiesen: eine Petition an den bayerischen Landtag, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Siegmar Markert und den Besuch einer siebenköpfigen Delegation bei der Regierung von Unterfranken.

In der Versammlung wurde berichtet: Dr. Reinfried Galmbacher und Dr. Thomas Bretz hätten dem CSU-Landtagsabgeordneten Ludwig Ritter (Mömlingen) eine Petition an den zuständigen Landtagsausschuß überreicht. Über deren Inhalt will die BI jedoch »vorläufig« nichts veröffentlichen, gleiches gilt für die Dienstaufsichtsbeschwerde. Begründung: Es handele sich um schwebende Verfahren.

Ritter gegenüber sei die »soziale und politische Sprengkraft des Themas Mainuferstraße« dargestellt, auf die Überalterung der Bevölkerung im Stadtteil Klingenberg verwiesen und dargelegt worden, daß diese Tendenz nur mit einem altstadtnahen, familienfreundlichen Neubaugebiet mit direktem Anschluß an die Mainuferregion westlich des umstrittenen Wilhelmstraßen-Abschnitts zu erreichen wäre.

In Würzburg besuchte die Delegation der BI den Leitenden Direktor der Staatsstraßenverwaltung, Groh, und den Städteplaner Regierungsdirektor Pfannschmidt. Dabei sei deutlich geworden, daß sich die von Bürgermeister Markert dargestellte Bezuschussung von bis zu 80 Prozent für eine »Mainuferstraße« aus Termingründen wohl nicht mehr einhalten lasse. Im übrigen wäre die Maßnahme nur zum Teil zuschufähig. Dies würde bereits beim Einhalten der Förderfrist 1.

Oktober 1995 bedeuten, daß die finanzielle Belastung der Stadt für die gesamte Baumaßnahme bei zirka 50 Prozent läge. Da aber damit zu rechnen sei, daß die Straße erst deutlich nach dem Oktober 1995 fertig wäre, würden die Belastungen für die Stadt »in einen Bereich steigen, der die Mainuferstraße als kostengünstigere Alternative zur Verbreiterung der Wilhelmstraße äußerst fragwürdig erscheinen ließe«, so die BI.

Deren Vertreter kamen bei ihrem Besuch an der Regierung zu einer weiteren Erkenntnis: Bei entsprechender politischer Vorgabe von seiten der Stadt Klingenberg und dem erkennbaren Willen zur Umsetzung (auch für eine Verbreiterung der Wilhelmstraße, einschließlich Bebauungsplan) könnten Zuschufmöglichkeiten gefunden werden. Dafür seien der Regierung jedoch noch keine konkreten Unterlagen zugegangen.

In der Diskussion wurde auf ein Informationsdefizit einiger Stadtratsmitglieder hingewiesen. Architekt Helmut Becker hob hervor, daß der Stadtratsbeschluß für einen Bebauungsplan im besagten Gebiet um die Wilhelmstraße oberste Priorität habe. Ohne ihn könnten weder finanzielle noch städteplanerische Rahmenbedingungen geklärt werden. Weiter wurde unterstrichen, daß die am 22. November 1994 vorgestellte Planung zur Mainuferstraße aus bautechnischer Sicht - besonders beim Anschluß an der Tiefgarage - von Experten als »unausgegoren« bezeichnet wurde.

Die Versammelten beschlossen eine Resolution, die allen Stadträten zugeht. Sie lautet: »Aufgrund der nicht termingerechten Realisierbarkeit einer Mainuferstraße zu den von Bürgermeister Markert vorgegebenen finanziellen und bautechnischen Rahmenbedingungen fordert die Bürgerinitiative den Stadtrat auf, die gefaßten Beschlüsse zur Verbreiterung der Wilhelmstraße im Rahmen eines vordringlich zu erstellenden Bebauungsplans mit Nachdruck zu verfolgen. Eine konstruktive Mitarbeit bieten wir an.«